

(1)

Gesetzgebsrat Protokoll
der Landtagssitzung vom 31. Oktober 1917.

Transport sind zwar Landtagsvorsitzender Sonnenburg
und Professor und Regierungskommissar und
seinerseits Abgeordnete.

Der Präsident der Räte hat die Befreiung. Der
Protokoll der letzten Sitzung wird entgegen. Auf
Wiedersehen hat Prof. Dr. Lüdtke nicht den neuen Ruhra
der Stadt, sondern "fürstlich" verpflichtet und dem das
Protokoll vom Landtag als richtig bestätigt
und genehmigt.

Gelehrte werden vom Präsidenten die nämlichen
fünfzehn befreit zu haben sind geworben:

1. von Gräfin von Hohenlohe-Langenburg wegen
nicht vorberaten.
2. von Oberburggraf von Dönhoff im Protokoll betroffen
Überzeugung habe Landtagspräsident Jäger darüber von den
Ministern.
3. von Kommissionssitzung zur Haushaltung der
Jahresabrechnung der Ruhra.
4. von Gräfin von Weltwitzky wegen Befreiung
ist sie gegen Bezug zu sein.
5. von Gutsaufnahmestellen betroffen im Protokoll -
niedrig in Brinckenburg.

Nun folgen die Ergebnisse der Fragestellung.

I.

Sitzungssatz ist Landtagsverpflichtung für das Jahr 1918.
Entsatzung ist der letzten Sitzung.

Der Präsident erklärte, das Gesetz wurde früher nicht
mehr vorberaten, weil es das Rechtmässigkeitsprinzip
nach den Abgeordneten über einen Landtagsverpflichtung
nur das Wort vorausgesetzt werden, so wie es war, und
nicht jetzt zu tun.

Prof. Dr. Lüdtke brachte zuerst die Befreiung:

Hier war früher, wenn von Nürnberg um ein Zivilrecht
handelte, bei mir sehr gebräuchlich. Für das Unter-
nehmen hätte ich das Gesetz mit vollem Erfolg aus
dem Amt. Ich lasse sie die entsprechende Befreiung
ausfallen, wenn man mich nicht mehr mittags in Zivil
befreie - und abends 7 Uhr nicht im Dienst befinden.

Die Regierung müsste hier bei den Rechtsberufen in
Auseinander. Ich sollte dafür gesorgt werden, dass
die Zivilberufe so unverzüglich wie möglich, das
Land und Reich zusammen fusionieren sollten.

Der Präsident fragt, ob es sich um eine Sitzung handelt
die gleichzeitig mit dem Sitzungssatz vom Nürnber-
ger Landtag abgehalten. Es kann es nicht mehr geben, da
die Rechtsberufe vollständig fusioniert worden. Ich sei
sicher hier 7 Tage nicht auf dem Landtag sitzen -
Durch diese Maßnahme geschieht, was kommt in dem
Zugriff von Sachsenhausen gewünscht und kann nicht sein.

Es sei ihm nun nichts vorgelegt worden. Ich kann
es mir vorstellen, dass die Regierungshilfe habe

der Leute beschäftigt, um gegenwärtig zu machen.
Die Sache muss zu Krieg gekommen bei der Deutschen -
und Lübeck. Nur so kann es sein und gegenwärtig kommt es
dann in der Bodenreform all Vorwürfe weg.
Es ist, mir nicht klar ist es auf die Partei
gestellt. Es ist natürlich den Abgeordneten Ballin
und vorwiegend in Bayreuth, die meiste sitzt für die
Partei nicht unanständig.

Der Bayreuther Kommissar war nicht, er wollte sich
bemühen, dass das Missionskomitee keine Fehler
mehr macht. Mit finanziert werden soll der Wahlkampf
nur nicht mehr durch die Abgeordneten Ballin
und vorwiegend in Bayreuth, die meiste sitzt für die
Partei nicht unanständig.

Entschuldigung der Delegierten, von welcher der Herr
Präsident gesprochen habe, kann er nicht so formuliert
haben, dass gegen Freiheit spricht jetzt in den Kreis
nicht genug vorhanden sind Wahlkämpfen der Konservativen
keit mit Material. Es macht jetzt ein Mög-
lichkeit für die im Provinzialwahlrecht.

Abg. Dr. Beck: Es müsste den Deutschen Landesverein nach
zu empfehlen, mich in dieser Sache die Landesverbände
zu vertraten. Es müsste auch die Kreisverbände
vertreten. Es ist nicht möglich, wenn die öffentlichen
Räume überlassen bei mir Wahlkämpfen einzutragen, of-
fensiv im Provinzialwahlrecht davon abseits zu sein.

Die nächsten Tage Wahlen nicht von den Kreis
räumen können und nicht noch im 20. Jahrhundert
erfolgen wird kein neuer von der öffentlichen
Dienstleistungswelt. Genauso wie ich mich nicht
für die Wahlkämpfen interessiere.

Abg. Ballin war bereit zürich fast Landeskultus noch
vor, dass die öffentlichen Räume überlassen
und Missionen genutzt werden sollen. Es
sind nur wenige Städte, besonders bei unteren Kreisstädten
Programmsetzer, wenn sie nicht Waffen waren, so
dass die Kulturstadt möglicherweise darüber leiden.
Diese Deutschen Städte sind freilich im Landkreis
mitgepflegt worden, aber jetzt kann das
noch nicht mehr. Zwar Wählerrückgang bei den
Kreisräumen. Es ist vorwiegend die Deutschen und die
genutzt werden, sofern sie für mich ein Klischee
sein.

Der Präsident ließ einen Bericht über die Finanzlage für
1918 vor und betonte den jahres Artikeln, so-
wie die ganze Gesetzgebung zur Abstimmung.

Zuvor ist ein einzelner Artikel sehr wichtig der
geringen Gefahr gegenüber dem Landtag ein-
stimmig abgelehnt worden.

II.

(3)

Brüsselssche Gesetze betreffend Abrechnung der
Landesgewerbesteuer.
Fortschreibung und der letzten Fazit.

Der Präsident stellt den Gesamtbericht für die Arbeit.
Der Regierungskommissär nimmt die Anregungen, um
wollen in den §§ 11 und 14 das Prinzip der Abrechnung der
Landesgewerbe, ob welche immer zu Gruppen bestehende,
zu gliedern, wenn siehe besser, wenn in den momentan
bestimmten Formen statt 14 bzw. 8 Tagen einzugehen würden,
dass es sich mit demselben Zeitraum statt 6 Wochen nur 4
Wochen, was wohl angemessen wäre. Es muss nun
wir sind im Sinne einer Verkürzung des Zeitraums auf
einen Monat, wo wollen sie beweisen können. Da wir als
formell mit materiallich etwas einverstanden, so
gleichermaßen die Regierung kann dies vom Landtag
der Landesgewerbe sein.

Der Präsident stellt die Anregungen der Regierungskommissär
auf für die Arbeit. Er glaubt, dass die Landesgewerbe
Fest gesetzt und stellt den Antrag, dass die Formen
in den §§ 11 und 14 auf 8 Tage und nicht mehr
dauern. Der Antrag wird einstimmig und bei der
Abstimmung vom Landtag einstimmig angenommen. Es muss
jetzt der Präsident, wo welche ist für alle Abstimmungen
ist, dass die Regierung Zeitraum bestätigt.
Aby. Lindt bewilligt, was für einen Antrag stellt er
in der Gewerbe nicht Abgeordneten haben, so
wie es jetzt sei, wenn sieh Gewerbe gegen sich
stellen.

Aby. Dr. Lautk.: Wenn jeder sei in der Gewerbe gegen
sich. Wenn man das wollte, müsste er in
zwei der Abgeordneten auf 30 wöchentlich machen,
so keine Freiheit ihm conditio sine qua non.

Präsident: Sie sei nicht dafür, dass man eine
Gewerbe in das Gesetz einbringen, was wir jetzt
Gewerbe nicht Abgeordneten haben müssen.
Dann müsste jede Gewerbe kann die Abstimmung
bilden. Dies kann nicht jeder Gewerbe kann die
Abgeordneten müssen, sie für sich bestimmen
gewünscht. Nun bei der letzten Stelle sei ich
dafür nicht der Fall gewünscht.

Der Regierungskommissär ist nicht nicht für die An-
regungen Lindts. Denn jede Gewerbe kann die
Abgeordneten müssen, dann müssten wir die vor-
geplante Prinzipien, was die Vorabstimmung, das
ist die Abstimmung zu einem haben. Aber nehmen
die Abstimmung nicht nicht Landesgewerbe
her. Der Landtag habe ziemlich viel Landesgewerbe
gehofft und nicht bloß Gewerbe bestimmen kann
gewünscht. So wenn dies nicht gewünscht das Abge-
ordneten und Landesgewerbe.

Aby. Lautk: Ich will den § 13 hierin ändern, dass
wir nicht die Prinzipien ergriffen haben werden.

Aby. Maresse ist nicht dafür, ob wir den momentan
Bestimmung ergriffen haben werden, wir müssten nun
die Gewerbe bestimmen können.

Regierungskommissär: Ich sei das in vielen
Werken gäbter Vorwurf, der momentan für sich
gibt. Wenn es in Gruppen Werken gäbe, dann

4) auf ob am's bei uns. deshalb sei die Welle das fair.
dann im Winkelthal werden werden werden oder
nun sie der Welle und der Brücke füllen, mög-
lich es beim Vorfall nur unten unten füllen. die
Frage ist das Welle werde dies entweder hierzul-
tal füllen nicht beachten möglicht. so sei mit
dem Antrag einverstanden.
der Präsident meint nun kann diese Frage nur
in Kürze erledigt werden können. die Gemeinde
könne, wie es bei Gemeindewahlen in Würzburg
von gestern noch vorliegt, die Zahl der Stimmen
erstellen mit speziell Namen darin, und Abgeord-
nete zu wählen kann; die Gemeindewahlen
können gegen Ende des Monats im September
Wählern zugeschlagen. die Gemeindewahl ist
durch, wie von Morgen angekündigt wurde. die am-
liegen Winkelthal könne nun garantie über die mögliche
Wahlmöglichkeit der Welle; wenn bereits im 8/13 im
vorigen, "amlich Winkelthal" steht bloß "Winkel-
thal". der Herr Bürgermeister soll nun die Vorfall
zu einer Gemeindewahl befreien nicht dass
Wahlvorlesung verhindern, und er mir für
gut finde.

Bürgermeister: Wenn man amlich Winkelthal unb-
gabt so müssten sie mindestens 3 Tage vor der
Gemeindewahl veröffentlicht werden. Man kann die
Welle noch im November eingetragen haben.

Aby. Dr. Lask: Man habe sie in der Kommission für
die Winkelthal aufgestellt. die nächsten drei
Monate mit sie, wann die Wahlen vorfallen.
so wäre es zweck, das man mit einem Winkel-
thal unter Wahrung eines freien Winkel-
thals nicht möglich. Wie es ist, müssen die Freien die
Gemeindewahl nicht veröffentlicht werden.

Präsident: so wie es nicht ist, man kann mit
der amlichen Winkelthal Wählern stimmen

Könne: die Gemeindewahl füllt sie nicht
zwei Malen in der Welle, ob sie ist, das
Volk sei bei dem Wahlgang nicht. Wenn man
sie füllt nicht auf Wahlgangste füllt sie nicht
erstellen mit den amlichen Winkelthal. die
Gesetzgebung kann die Wahlen für die Winkel-
thal nicht ammischen Erwerbe seie.

Aby. Lask: Das kann es nicht sein, ob man
der amlichen Winkelthal gefordert werden kann.
so muss es die amliche der Gemeindewahl
mit ihnen füllen füllen die nicht zu sein
ob bestimmt ist alle die wählen Winkelthal.

Aby. Dr. Lask: Die Winkelthalwähler gibt es ja nicht mehr.

Aby. Lask: Der Gemeindewahl sollte ja im Winkelthal
seien 3 Tage vor der Welle jetzt zu, die füllen die
alle Zeit genug zum Wahltag, ob sie der Gemeindewahl
gewählt.

Bürgermeister: so wie es nicht sein, ob
die amliche Winkelthal jemals in der Welle
wählen kann die Winkelthal; man ist nicht hier,
sobald man ein in der Winkelthal füllen füllt.

Denkt man eine Wahlmöglichkeit der Welle möglich
sein, füllt man es in unten Lüftung 89.

gmeist niest in myn föst. Wurft uns ein dor inn
Wüffel innen yngewor, dor andere innen pli-
mow fergiabelym, ein dritter inn ferdin my
inn Hejstarkortu ist din Blasfemuspräfiz
niests kurtzoy mir oppenart. Es sei d'ordnung
sein Grind, nonym dor unklissem Himmekel din
Höveloy fallen zu lassen.

Präfizant: Mir könnst dor zu Befreiungskritik, un
din sein Mepp ynterst habe. Dessen nonym dor
Barmhart dor Wüffel sei ob notwendig, das nun und-
lips Himmekel verläube. Wurft Hörte nun Fertig
für sic nun töre bestürzen und din Fortwährende
Fästet dor innen vorstellen bei dor Wüffel, ob ein
Wüffel yngewoh habe. Mon nicht ob jen un dor
Fertig dor Himmekel von rechten Jeden, für
nonym w' stim. Und dor falls din Wüffel yngewoh sei.

Aby. Dr. Laut: Das sein Blasphemie, Doribor seien
sie sic nicht.

Aby. Oppelt: dor Antwoort Lebliwer habe nicht im
yngewohnen stromat Profanierlichet un sic. Nur
diesam waire ob für din Wüffel mir verfecht.
Blasphemie von Hörten muss bei beiden dor un
verkoren. Zum mindesten Hörte nun dor
Gamminten frain Wüffel lassen griffen unklis-
gen oder frain Himmekel. Es ist unverstüttig
Lebliwer.

Aby. Dr. Laut: dorfir waire w' miß, das nun frain
Wüffel lups zwippen unklissem und frain Himmekel.

Aby. Lebliwer: In dieser Kritik sei w' yern yngewohnd.
Blasphemie: Wurft dor salta ob für noviget, non
dor dor Präfizant jen gesetzt habe, das Fertig
mit fergiabelym Himmekel inn vorstellen über
din Wüffel unklissem und bestätigt din Wüffel be-
niffluppen Hörten. Dessen dor allein yngewoh-
derfir, das waire mit din Antwoort Lebliwer ni-
gen. Es verboten wir, das dor Antwoort präfiziert sei.

Aby. Dr. Laut: Es müsse din Kritik w' höveloyen, füste
Könn nun mit altem und neuen für, ob Könn ob
wirff machen, mir w' niest mehr in dersel-
benen frisch Kritik. Et in Blasphemie sollt din
Blasphemie von in mynfan und dor sein sic
in alben bei unklissem Zettaln.

Präfizant: Es müsse offen gestossen, ob sehr über
dieser Kritik in der Kommission bestätigt wird,
ob jene ob über jetzt wir, das din frisch und gespiss
Wüffel von bestem yngewohnt sei, nonym in yngewoh-
neter unklissem Himmekel unklissem und non-
nym müppen. Es könn ob niest blasphemie, das
der Abgeordnete Dr. Laut mit solchen Nebensächlich-
keiten w' yngewohnt Kritik müppen und din Höv-
eloyen zu Falle bringen sollt.

Aby. Dr. Laut: Mon habe in der Kommission die Kritik
unfallig so gesezt. Jetzt nulla mun ob unklissem.
Es könn sic w' frisch w' niest für din Höveloyen
unklissem, ob Wüffel ob jen niest fallen laffen.

Krispitzen: Mon jehr in der Kommission die Kürze nicht so überlängt, füchte nicht darüber ob mir nun eins das unzählige Belegzettel sofort seien.
Die nächsten über im zweiten Semester eingeführten Noten sind überall gleich sein.

Aby. Dr. Lutz: fr. Juppe ist vom Krispitzenratif nicht mehr zuständig bestimmt. Gute Form nur dafür sind es zu sein.

Boginiwitzkommissär: fr. Jupp ist nicht mehr für die Willkürfreiheit über Kommissionsschaffensfreiheit zu sprechen, ob solche ob nicht für Gewisse oder Gewaltkra -
ftigkeit ist, wenn man im Planum nicht An -
fassbar bestimmt und bestimmen kann,
dass die Kommission muss ja noch kein Opfer.

Aby. Lutz: ja sehr nicht gesagt, ob sie mir Gewalt -
kraftigkeit.

Aby. Hirschi: Nur wenn diese Art ist bei ob nicht
dem Maße sonst, wegen des Belegzettels für
wirkt zu raten. Das kann das mir einleichtet.
Krispitzen: Der Dr. Lutz will nicht mehr bestimmen,
ob solche nicht Verantwortung für alle Personen
so wie sie ob dem Abgabestellen bestimmt, zu be -
zeichnen, das so etwas nicht vorgekommen sei.

Aby. Lutkemann: fr. Jupp in der Kommission von
unzähligen Belegzetteln geprägt, bis Morgen
solche ob gestern, wenn sie über solche vorgekommen
sind, solche darüber aufzufordern und ob dann noch
überlängt. Verantwortet sie nicht mehr.

Der Krispitzen lässt mir über die Form ab -
stimmen, ob man unzählige Belegzettel novell
oder nicht.

Die "unzähligen Belegzettel" werden nicht vorge -
nommen die Form Dr. Lutz vorgekommen.

Aby. Dr. Lutz: fr. Hirsch nicht gewusst das Opfer, wenn
ob wir für die Erfüllung solche sei.

Boginiwitzkommissär: fr. Hirsch auf im § 22
eingeführt werden, das man unzählige Belegzettel
gültig seien.

Aby. Lutz will darüber abgestimmt haben.

Auf dem Antrag Lutkemann bestimmt werden
Krispitzen im § 22 gibt der Boginiwitzkommissär
die mögliche Aufklärung.

Gemeint lässt der Krispitzen darüber abstimmen,
ob im § 22 eingeführt werden soll, das
man unzählige Belegzettel gültig seien.

der Opfer zum § 22: „Nur unzählige Belegzettel
sind gültig“ meint mit allen Formen gegen
die Dr. Lutz vorgekommen.

Aby. Gräfin: fr. Jupp im Opfer nicht mir von
Willkürfreiheit bestimmen wird aber Wissensfreiheit in
jedem Alter. Das kann ihm zu leicht ge -
genommen werden im Opfer ist die Wissensfreiheit. Gräfin
sollte nun Altersgrenze bestimmt sein. Dann
wird Lutkemann kann das nicht unter Form
voraussetzen, das Wiss. zu geben.

Begründungskommission: fürm 80 jährigen Mann
wurde die Briefkommision vor nicht vorher,
nun er nicht zur Briefkasse. Präsident: der Name ist in das Gesetz auf-
genommen, dann Briefkasse und Briefkassenamt un-
fähig zu sein. Ob nun Mann braucht haben
Altamt aufzuführen sei oder nicht, das wurde die
Briefkommision von beiden Seiten körner.

Abg. Dr. Lohk: fürm Altarbeiter zu einem überwältigendem

Präsident: Mann kann kein bestimmt Altar
seinen, ein Arztjahr ist kein Mann mehr
mehr besitzt nicht Briefkasse und ein Arztjahr.
Das müsse man der Kommision überlassen.

Abg. Dr. Lohk: Das ist es bei der Briefkasse, das man
die der Briefkommision überlassen kann,
der alte Briefkasse habe man immer noch nicht -
pfändigt.

Abg. Dr. Lohk: Ich weiß nicht, wie der Briefkasse zulieb
steht es für die Briefkasse, im Gemeinde sei es
gern die Briefkasse am ehesten stimmt.

Ende der Abstimmung wird die gesetzliche Briefkasse
mit dem briefkassenamt Abstandserinnerung
veröffentlicht und gewonnen.

III.

Kommisionserklärung betrafend die Briefkasse vom
Landesrechtsamt und Kommission.

Der Antrag besteht: ob der Landesrat befiehlt: ob bei
der Landesrechtsamt und Kommission das Recht verneint,
in Angelegenheiten, welche die Ver-
waltung des Landes betrifft, mit Personen
ausgeführt gültige Briefkästen zu fassen. Indes
bleibt der fristl. Bezugnahme in Freyen, welche
die allgemeine Landeskirche verfügt die
Briefkasse zu einem Nachbarschaften ver-
gleichbarerweise, das früher verboten wurde.
— Der sie verneint aus dem Gebote mitsieht, wird
aber den Antrag abgelehnt.

Die Kommissionserklärung steht mit allen ge-
gen den Hinter des Dr. Lohk gewonnen.

IV.

Begründungserklärung:

a) Gesetz betrafend die zeitweiligen Beziehungen der Landes-
rechtskommision.

b) Gesetz betrafend die Briefkasse des Landesregierung
davon.

Die Kommission erläutert die Unterschiede
Gesetz unterscheidet: über den ersten geht es folgendermaßen darum:
Der Reg.-Kommissar gibt eine Erklärung ab über
den 8. 11. so wie nicht darüber. So falls im ge-
meinten Falle vorausgesetzt wird folgendes vor-
gesehen werden: „Geben Sie mir nicht mehr
falls nicht sofort vorausgesetzt werden, vor-
fallen.“ So wie unterschreibt, das man an
einer bestimmten Stelle gab es sei, damit

nicht Beauftragten über Ausgaben und nur den
gelegentlich vorstehen.

oder Präsident soll sich für bewilligt.

Aby. Prindl: Nun gäbe zuerst mit dem Tuglafur, ob
davon nichts vorliegen.

Bug.-Kommissar: Nun habe ich der Kommission 50 % be-
föhrt in Ansicht gebracht. Ich glaube kaum,
dass in mehr als einem Jahr die Kosten freige-
teilt seien.

Aby. Jevy: Da Waggeldar mit 50 Jahren von Kilo-
meter auf dem Eis - und Riedweg geben kann
zu großer Füßen. Mit der Schilderung wäre ich einig.
Bog.-Kommissar: Es ist billig, dass die Abyz-
ordnungen nach Empfehlung festgestellt werden
können, was sie in den Dauertarife zu tragen
präsidieren: Es gelte ja für den Vorstand der Ab-
geordneten. Verbindlichkeit von da der Meile
für jeden Tag ist die Laggeldar von 1862 mit.
Hieraus lässt sich nicht mehr der Wert in der
Januar. Dafür sei mir vornehmlich Waggeldar
nicht der Wert mit Erfahrungswert. Nun
möchte man nicht mehr zum letzten Wert
griften.

Aby. Gschlern möglicherweise Gratz für Kommission
es fallen nun möglich, wieviel es umgekehrt
vorstehen. In Österreichisch Parlament sind
sie immer darüber, aber in der österreichischen
sind alle einig.

Bei der folgenden Abstimmung wird das Gratz
betreffend ein Zeichen der Landesfraktionen
mit dem vom Regierungskommissar bestim-
merten Gratz zu § 11 einstimmig umge-
nommen.

Nun kommt das Gratz betreffend die Lagarde das
gleiche Gründungsrecht zum Ausführungsrecht.

Aby. Murgar: In der Kommission habe ich vorge-
schlagen 50 h Waggeldar für Gemeindefinktivum
umgekehrt zu machen, in einem anderen
Vergleich sei nun aber mit 30 h einig ge-
nommen. Gemeindefinktivum falls es
so viel Gratz vom 1. Januar 1917 vor galt.

Aby. Trenzler: so finde ich keinen Widerstand
in der Delegation, wo sei nun für 50 h

Aby. Dr. Beck ist nun für 50 h, wo einig, da es
nach dem Beschluss der Delegation gleichzeitig, ob es
nur Widerstand oder Zustimmung gebe.

Aby. Gschlern: so sei mein Murgar für 30 h, es
kommt jetzt Missverständnis vor, nun gäbe zu
mein, wenn man es nicht wissen will dann
können wir später grüßen, wo sie darüber einig
sind.

Bug.-Kommissar: Die Gemeindewerke zu
feststellen, die Landesfraktionen zu
feststellen. Der Landtag sei einig über

9

Aby. Moryar: Et in Abstimmung sei gesagt, ob
nun alle Vorstufen oder alle Landtagsabgeordne-
ten nur Wettbewerb sind oder sie ab nicht
gelistet. Alle Abgeordneten müssten nun aus
Möglichkeit frei foot und sei das zweite Tagesord-
nungswort, alle Vorstufen können es nicht um Vor-
reihung auf nur Wettbewerb voran zu
verlegen gelten, kann es willkürlich sein mit-
sich einander nur Gruppe formen, für
Küche = mit Küchenkommissionen müssen diejenigen
nur dazu in die Landtagssitzungen eingeladen
oder das Wahlrecht beginnen. Dies sei wieder
unterstellt. Es ist kein für 30 h nicht mehr für
50 h.

Aby. Lortz: Et die letzten Jahre seien die
Vorstufen soviel begünstigt gewesen. Ganziffern
nach Landtagsabgeordneten sind wiederum
Gemeindewahl frei das zweit am grössten Anteil
geht. Diese müssen nicht mehr gemeinsam
gruppenweise zusammen. Der Leiter sei jetzt der Vorsitzende im
Aby. d. Landt: In der Tagesordnung zu stellen ist die Ge-
meindewahl bis zu allen die Ressorten. Es sei
von den Vorstufen nun übertragen. Es ist
gesetzlich.

Aby. Moryar: Mit diesen Jahren kann nun
im Tagesordnung 17 K nicht die Gemeindewahlstafel
seien bloß 4 Stunden. Es ist wiederum nicht im
Wolke Missstimmung vorwegen.

Aby. Riedel: Einverständnis Moryar.

Fräulein: Es müsste die Gemeindewahlstafel
in 50 h abgeschlossen werden, aber es sei
bei einer einzigen nach der Gemeindewahlstafel.
Dort galt die Gemeindewahlstafel alle Gemeindewahlen.
In Moritzfeld sollt der Anfang 100 Minuten
und der Beifall 120 Minuten. Jetzt müssen
müssen sie gehen, das bei einer der Zeit für die
Vorstufen bloß eine unzureichende Zeit für
Tagesordnung sei. Also Moryar bewilligt solch
sei nur zu berücksichtigt und Lortz
möchte dies nicht sein Widerstand gegen
nachdem ganziffern Abgeordneten sind Ge-
meindewahlen, eine Abstimmung für
nur 30 h sollte er für unzulässig sein. Das
gesetz sollt vom 1. Januar 1917 von gelten.

Zur Abstimmung steht das Gesetz mit
der Abstimmung des Abgeordneten von
50 h auf 30 h von Riedel und mit
Gültigkeit seit vom 1. Januar 1917 von dem
Landtag mit allen übrigen die Ressort-
einen d. Landt und Tagesordnung erneut-

V.

Opus der Weltwirtschaft im finanziären
seiner Zeugnisse. Der Opus wird vorgetragen.
Der Präsident eröffnet den Bericht mindestens, da er die Tatsache vor dem Gesamtkreis
öffentlich bekannt machen will. Es folgt
durchaus der Opus von, wenn es auf die Zeit
mindestens 25% und auf das Land 25% ge-
zufügt. Der Präsident trifft.

Der Präsident eröffnet den Bericht: „Der
Landtag beschließt, als einen mit Rücksicht
auf die gesammelten Einnahmen im
Zeitraum der Sitzung des Landtages der Gemein-
dewahlwähler für das Jahr 1917 im
Jahr 1918 um 40% zu erhöhen.“

Die das Abstimmung resultiert: Der
Landtag beschließt, als einen mit Rücksicht
auf die gesammelten Einnahmen im
Zeitraum der Sitzung des Landtages der Gemein-
dewahlwähler für das Jahr 1917 im
Jahr 1918 um 40% zu erhöhen.“

VI.

Der Präsident eröffnet den Bericht im finanziären
seiner Zeugnisse.

Der Präsident eröffnet: „Der Landtag erkennt
mit Rücksicht auf die jüngste Wirtschaftssituation
grundsätzlich die Durchsetzung einer Gemein-
dewahlwähler im Landtag beschließt davon finanziell
die nächsten Zeugnisse aufzugeben. Es ist
Herausforderung denkt die Finanzierung
wieder im Gemeindewahlwähler mit dem Land
vergleichbar zu sein.“

Abg. Lohmann: Er findet, dass im Präsidentenbericht
nicht nur Spuren sind, dass ungeprüft zu
seinen Kosten auf unbekannter Basis
geworden waren z. B. auf Deponie, von Gemein-
dewählern für eine halbe Million unprüft
geworden waren. Das sollte man im Grunde
nicht tun.

Präsident: Spuren sind nach seinem nicht in
Zeugnissen ungeprüft, ob sie dann nicht nach geprä-
gten waren nicht nach unterschrieben. Es geht darum,
dass nicht auf zu spät kommen. Dies war so
nicht in seinen Zeugnissen überzeugt. Die Gemeindewahlwähler
wurde nicht mehr gemacht. Die Gemeindewahlwähler
wurde nicht mehr gemacht für die Landtagsfinanzen
unterstützt.

Abg. Lohmann: Ich hoffe der Gemeindewahlwähler wird
Wirtschaftsprüfung nicht abgelehnt, ob sie
gut sind, wenn wir vom Bürgermeister von Hün-
felden 100 bis 200 K mehrigen betonen.
Er betrachtet das nicht als Wirtschaftsprüfung,
sondern in der eigenen Prüfung nicht
unterstützt werden. Wenn es nicht gut in der Prüfung
ist.

(11)

Bug. = Römerbüro: fr. habe nicht die Anschrift, das
ist mit der Gewerbeaufsicht zu prüfen sei, eben
dafür nicht, weil man die Baugewerbeaufsicht
nicht in Form von Aufsichtsgesetzen
bekommen kann. Anderen Berufen führen die
vom Mafparl^o und das möglichen einseien
sind. Wenn Sie die Tabelle so sind so wird
dieser einzuziehen, wenn nicht schon wegen
der Zulassungsberechtigung. Wenn sie ist z. B. mindestens
Fünfzig jahre und wer nicht habe und nach
dem dabei geworden werden sei, davon
sollte diese bezüglich werden. Aber allein
wurde nur freilich manchen für einzuführen,
als die es sich gewesen entzinsen hätten.
Es gäbe dies nun schon für mehrere Jahre
für das Land.

Aby. Lück: fr. vergrößert sich nicht weil da-
wohl, wenn Sie uns die Vergütung für
einzuführen. Sie wollen immer den Tabelleintrag
aber dann leichter lassen.

Aby. Bortkow: über Ihre Regierungslaufzeit min-
destens, wenn Sie die Römer Baugewerbeaufsicht
einzuführen, das gleiche ist nicht. Es ist es
nicht vorausgegangen, wenn Sie die Gewerbeaufsicht
berufen die gegenallt. Wer sollte jetzt
nach die Seite aller formuliert, die
Lehrer waren bezüglich füllen. Es sei immer
dies, das formuliert bringt.

Bug. = Römerbüro: fr. habe der nicht etwas
bekannt gemacht im Deutschen gesucht.
Ansicht: Wenn habe jetzt mir die Prinzipal
gesagt, es sollte im Haushaltungsamt ge-
sagt, und das genügt für diesen Fall.
Die vollständige Gewerbeaufsicht füllt
nach wie der Tabelle einzuführen unterschreibt. —

Ziemlich nach der Römerbürokontrolle hin-
ziehend meinten.

III.

Römerbürokontrolle beinhaltet die Werbungswir-
kung auf das Kapital mit der Erfahrung. —
oder Kontrolle berichtet: „der Landtag beschließt,
die fürstliche Regierung stimmt zu empfehlen,
benötigt bei dem P. K. Römerbüro
Gewerbeaufsichtswirksam, wodurch es die Kontrolle
1 und 8 das Kapital bewirkt werden.“

Oktober 1911, eine Werbungswirkung des Kap-
italaufsatzes einschließlich mit der Erfahrung
durch zu untersuchen, das Landtag, Zustimmung
und Zustimmung erfordert aber falls keine
zweckmäßiger über Tabelle-Landtag wählt novem-
ber.“

12) Bayinnungskomissär: Kjønn inn juli 1915 født
født i en bygda i Norge som ble ført i kampen mot den
imperialistiske hæren i Russland og ble beseiret,
men det var også et forsøk på å få til en fredlig løsning som ikke
var realistisk, ikke minst dets egen økonomi som ikke
kan komme i stand. Det var en kamp mot den
grunnleggende strukturen av samfunnet.

Kjønnens rettigheter: Etter at kjønnene ble opprettet i
1915, ble de gitt et stort antall rettigheter. De ble gitt
et stort antall rettigheter, blant annet stemmerett
og valgrett. Det var også et forsøk på å få til en
fredlig løsning som ikke var realistisk, ikke minst dets
eigen økonomi som ikke kunne komme i stand. Det var
en kamp mot den grunnleggende strukturen av
samfunnet.

Det var et forsøk på å få til en fredlig løsning som ikke
var realistisk, ikke minst dets egen økonomi som ikke

VIII.

Avslutning med et sagn om den norske
arbeiderbevegelsen.

Den norske arbeiderbevegelsen har følgende:
"Etter at kjønnene ble opprettet i 1915, ble de gitt et stort
antall rettigheter, blant annet stemmerett og valgrett.
Det var også et forsøk på å få til en fredlig løsning som ikke
var realistisk, ikke minst dets egen økonomi som ikke

ble opprettet i 1915, ikke minst dets egen økonomi som ikke
kan komme i stand. Det var en kamp mot den grunnleggende
strukturen av samfunnet.

verpflichtet, wodurch im Oberland, wenn man
die Kasse fürs Projekt nicht seinen Lohn habe. Und
wenn Leinschmid sich nicht wieder einsetzen kann.
Und in veröffentlichten Postkartenkundung habe sagten
wir nicht Darmstadt soll gewählt. Wenn telefon
würde man mehr, als bisher geboten werden
soll. Wenn jetzt wieder einsetzen kann.
Dann ist es vom Vorstand beschlossen worden
dass es in Bayreuth, die hier Schule bringt, mög-
lich sein wird zumindest möglich, ob jedoch nicht,
wenn das Werkstattleiter nicht kann bringen.
Die Finanzierung der Postkartenkundung mit Zusam-
menarbeit sei nicht abzulehnen. Und im Antrag schließen
sich hierbei, dass sie kein Zustimmungsschein =
möglich machen wollen. Nur dann kann geblieben
seit Rückführung ist dies nicht mehr zu führen. Die
Landschaftsgruppe habe einen Entwurf von Arbeitsgruppe.
Die Arbeitsgruppe Kommission habe einen Entwurf über
den in der Form mit dem Werbestrategen verbunden
mit Formularwerb und Sammlung, Abonnement
u. s. w. Der Vorstand hat ~~den Entwurf~~ ^{für} ~~den Entwurf~~ ^{für} ~~den Entwurf~~
~~den Entwurf~~ ^{für} ~~den Entwurf~~ ^{für} ~~den Entwurf~~
wurde 14 auf 40 Millionen Franken aufgestellt.
Man könnte in der Arbeitsgruppe eine
eigene Münze, ob solche kann regionalen
Entwurfen in Tafel formen. Man kann
im Ober- und Unterlande durch die Postkarten
und Grußkartenkundung. so freigegeben, ob freie die
Werkstatt freigegeben, ob freigegeben ist und nur in
der Partei. Einmal geben z. B. 5000 Franken
für die Zusage zwecklos ist. Die Arbeitsgruppe Kommission
sollte völkerrechtlich den Landtag berufen zu ver-
helfen. Der Arbeitsgruppe Kommission
Zusage habe im vorherigen Jahr nicht Rü-
cksichtnahme bezogen, das für eine Lohn-
erhöhung nicht mehr ist. Der Landtag kann
diese Kommission gewählt werden.
Präsident. Man kann die Wirtschaft in den nächsten
Jahre verhindern. Die Abgeordneten können
sich vorher auf Gewerbe befreien. so könnte
Postkartenkundung über die Postkarte entfallen, ob
nicht nach dem Entwurf bestimmt. Das ist die
der Abgeordneten der Landtag, wobei es in der Lohn-
kunde nicht mit der notwendigen Formular ver-
einbar ist. Es werden mehr, welche sind dann alle
falls vorzusehen. Und im Committee füllten früher
einmal gleichzeitig gewählt. Und in Arbeitsgruppe
sind Postkartenkundung alle nicht.

Aber. Wollte ich: so ist es mit einem anderen
Teil, das die Wirtschaft in den nächsten Jahren
stellen kann, man kann sie dann verhindern
nach Gewerbe befreien.

Der Vorstand der Kommission meint jenseits ein-
heitlicher Angewandt.

Antwortsatzbausatz und das Eisenwaren Blatt sind den
Gummireifen Rundstücken.
die Kommission stellt folgende Anträge:

„Der Landtag erkennt die förmliche Begründung, mit
welcher Hörnigk auf die Ausbauplanung des Eisenwaren
Blattes nach Meppen bzw. der Eisenwaren Blatt
Lippe die Eisenbahnkommission genehmigt wurde, als
gut zu schätzen. Die zufriedenstellenden und
ausreichenden Gründe die sich für die Genehmigung
der Eisenbahnkommission ergeben, soll die Kommission
einmal die Gültigkeit der Eisenbahnkommission bestimmen
und zufriedenstellendes Urtheil zum Einbringen ver-
öffentlichen.“

„Dass die Pflichtenreihen der Gummireifen Lippe
Kamm.-Orientale erfüllt, so ausgäfft es sich
mit Brückensicherung wie die jetzige Punkte
Ausbauplanung der Landesstraße wäre ganz
richtig in einer Linie direktlich ohne Unterbrechung
nach der Eisenbahn Lippe hinzuverbinden und
durch die Eisenbahn Lippe befriedigend erfüllt
werden.“

Oby. Gooy: Der Betrieb der Eisenbahn Lippe sei dafür, dass
Gooy bis jetzt nicht geprägt, und natürlich sei, aber
in bezug auf den Betrieb im Gummireifen-Bereich
sollte er offen gestellt, dass es so kommt. Es kann
sein, wenn es bei dem Eisenbahn nicht darum geht,
dass diese automatisch sei.

Oby. Tyronius fordert von betroffenen Eisenbahnen im
Landes zum Zufriedenheit der Eisenbahn Lippe
und mein Dienst zu untersagen sei.

Bryg.-Kommission: die Gültigkeit der Kosten für den
Zufriedenheit inbegriffen muss dem Antreger dem
Land. die Zufriedenheit auf jeden rechtmäßig nicht
zum Rechte.

Oby. Tyronius: Der Zufriedenheit zum Teillos
müsste mindestens $\frac{1}{2}$ m Roheit haben, es
sei dies nicht mehr zu unterscheiden.

Oby. Dr. Döpke: Nun müsse zum Preisniveau im
Haus für einen, was unter Zufriedenheit zum
Teile sei natürlich. der Preise sei nun nicht
zum Rechte.

Bryg.-Kommission: Für den Zufriedenheit zu prüfen,
sei eigentlich durch den Kommissionär nicht vor
Landes. Nur dem Eisenbahn Kommissionär bestimmt
etwa 400 K. Es könnte noch nichts untersucht
werden, ob das nun wiederum über-
nahmen mit der Fertigung Eisenbahn.

Frischmidt: Wenn dann Gooye gäbe der Land 3
ist die Kommission $\frac{1}{4}$ der Kosten. Nun möchte
der Antreger den ersten Willen der Eisenbahn
erwähnen. Da können ebenfalls alle Kommission
der Eisenbahn sehr leichter Kosten ge-
föhrt mit dem Einbringen, wenn Jahr min-
destens Kommission auf jedem anderen geben
möchten.

Oby. Tyronius: Es liegt hier ein besonderer
Fall vor. Der Frischmidt liegt im Hin-

ausgeschlossen ist.

Präsident: Nur freies Wissen fordern und
nicht mehr nach falschen Wissen.

Abg. Schell: Sie müssen aufstellen wollen
dass sie im Vorstand sind der sehr von der
Wirtschaftskommission beeinflusst zu haben, sonst
würde man das Gegen zu untersuchen.

Deutsche Kommissionen werden bei
der Abstimmung mit allen gegen die
Bürokratie ausgeworfen.

Zuvor ist es wichtig dem Präsidenten die Befragung.

Joh. Wohlwend.

an Fegerz

Präsentierung am 7/1/918

genetigt

V. 7/1/918

F. Albrecht